

STELLUNGNAHME zum Antrag	Gremium:	15. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin: Vorlage Nr.: TOP:	29.09.2015 2015/0434 26
FDP-Gemeinderatsfraktion	Verantwortlich:	öffentlich Dez. 4
vom: 14.07.2015 eingegangen: 14.07.2015		
Konkrete Hilfen für den Karlsruher Innenstadthandel		

- Kurzfassung -

Die Stadtverwaltung empfiehlt, den beantragten Verzicht auf die städtisch erhobenen Parkgebühren in der Innenstadt nicht umzusetzen. Ein Verzicht würde dem Zweck der Parkraumbe-
wirtschaftung die Parkraumnutzung so zu steuern, dass über den Tag verteilt mehr Parkplätze zur Verfügung stehen - zuwiderlaufen.

Eine Austauschplattform zwischen dem Karlsruher Einzelhandel und der Stadt gibt es mit dem Forum Einzelhandel bereits seit dem Jahr 2006. Im Jahr 2015 wurden ergänzend zwei Termine mit einem erweiterten Adressatenkreis durchgeführt. Die hier formulierten Vorschläge werden derzeit hinsichtlich einer möglichen Umsetzung geprüft und in einem öffentlichen Forum Ende Oktober 2015 präsentiert. Die Planungen zur Countdown-Strategie wurden bereits im April 2015 angestoßen. Ziel ist die Vermarktung der Innenstadt unter Einbeziehung der anstehenden Meilensteine bis zur Fertigstellung der Kombilösung sowie im Anschluss der Umgestaltung der Kaiserstraße.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages				nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
24.000 €	-230.000 €	254.000 €	-230.000 €		
Haushaltsmittel (bitte auswählen)					
Kontierungsobjekt: (bitte auswählen) 1.660.54.60		Kontenart: 33000000, 42100000, 42700000			
Ergänzende Erläuterungen:					
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant	nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>	Handlungsfeld: Zukunft Innenstadt u. öffentlicher Raum		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>	abgestimmt mit StMa GmbH, KASIG GmbH		

1. Der Gemeinderat beschließt, während der andauernden Bauphase auf die städtische erhobenen Parkgebühren im Innenstadtbereich an allen Samstagen zu verzichten

Ein gebührenfreies Parken auf den öffentlichen Parkplätzen in der Innenstadt an Samstagen ist auf den ersten Blick ein attraktives Angebot, das sich allerdings bei genauerer Betrachtung in der Praxis als kontraproduktiv erweist. Das Parken auf den bewirtschafteten Flächen im Straßenraum der Innenstadt ist auf eine Stunde begrenzt. Sinn und Zweck dieser Regelung ist, dass möglichst viele Autofahrerinnen und Autofahrer für kurzfristige Erledigungen einen Parkplatz finden. Die begrenzte Parkzeit garantiert eine Rotation der parkenden Fahrzeuge. Diese Parkplätze wären bei kostenfreier Nutzung aber voraussichtlich schnell und umfangreich durch Dauerparker belegt. Dem Werbeversprechen „kostenfrei Parken“ könnte somit für einen Großteil der mit dem Pkw anreisenden Kundschaft nicht erfüllt werden. Zudem wäre die Innenstadt durch starken Parksuchverkehr beeinträchtigt. Mit einer Parkscheibenregelung wäre das kostenlose Parken grundsätzlich denkbar, dies würde jedoch einen hohen Überwachungsaufwand erfordern. Hinzu kommt, dass eine vollständig neue Beschilderung in der Innenstadt erfolgen müsste. Der finanzielle Aufwand dafür beläuft sich auf ca. 16.000 EUR. Eine Lösung unter Einbeziehung der Parkautomaten würde zusätzliche Programmierungskosten von rund 8.000 EUR für die 80 Automaten der Innenstadt mit sich bringen. Die Änderung der Beschilderung wäre auch hierfür notwendig. Zu den Kosten für die Einrichtung kommt der Einnahmeausfall für die Stadt Karlsruhe. In der Innenstadt (Tarifzone 1) belaufen sich die Einnahmen an den Parkschei-automaten auf durchschnittlich 4.500 EUR je Samstag.

Die Forderung nach kostenlosem oder vergünstigtem Parkraum wurde in den vergangenen Jahren wiederholt gestellt. Entsprechende Kostenschätzungen für kostenlose Parkplätze in innenstadtnahen Parkhäusern und Tiefgaragen wurden durch die Stadtverwaltung mehrfach geprüft aber aus finanziellen Gründen als nicht umsetzbar bewertet.

Wie zuletzt in der Anfrage der CDU-Gemeinderatsfraktion vom November 2014 erläutert (Vorlage Nr. 7746 2014), existiert mit dem Mobilitätsbonussystem KARLSRUHER bereits eine bewährte und unkomplizierte Möglichkeit, womit Kunden durch Einkäufe in den Geschäften der Innenstadt u.a. ihre Parkgebühren reduzieren können, auch an den städtischen Parkschei-automaten. Das System verbindet somit die Parkermäßigung mit dem direkten Umsatz in der Innenstadt. Zudem ist es nicht nur eindimensional für den motorisierten Individualverkehr (MIV) nutzbar, sondern kann auch zum Erwerb von ÖPNV-Tickets und zur sicheren Verwahrung von Fahrrädern am Hauptbahnhof genutzt werden.

Die Stadtverwaltung empfiehlt daher, keine kostenlosen Parkplätze in der Innenstadt anzubieten, aber den Ausbau des Mobilitätsbonussystems KARLSRUHER in Kooperation mit dem Träger des Systems, der City Initiative Karlsruhe e.V., zu prüfen.

2. Die Stadtverwaltung setzt umgehend das Konzept des versprochenen Round-Table mit den Händlerinnen und Händlern um und informiert die gemeinderätlichen Gremien über Sachstand, Umsetzungen und Ergebnisse.

Regelmäßige Treffen mit dem Handel gibt es schon seit dem Jahr 2006 mit dem Forum Einzelhandel unter Leitung der Wirtschaftsbürgermeisterin. Ständige Mitglieder aus dem Einzelhandel sind die Geschäftsführer der größeren Einzelhandelsbetriebe, die Vorsitzende der City Initiative Karlsruhe sowie ein Vertreter der IHK, weiterhin sind alle relevanten städtischen Ämter und Gesellschaften vertreten. Ergänzend fanden am 30. Juli und am 26. August 2015 zwei weitere Termine unter Leitung des Dez. 4 und unter Beteiligung der Vertreter der KASIG, des Tiefbauamtes, der Wirtschaftsförderung und des Stadtmarketings statt. Hierbei waren zusätzlich Vertreter der Interessengemeinschaften und Gruppierungen eingebunden. In einer konstruktiven Atmosphäre wurden die aktuellen Planungen erläutert sowie vor allem die Themen und Vorschläge der Einzelhandelsvertreter diskutiert. Die vorgebrachten konkreten Maßnahmen und Projekt-

vorschläge werden derzeit auf ihre finanzielle und organisatorische Machbarkeit hin geprüft. Über die Ergebnisse wird Ende Oktober in einem öffentlichen Forum informiert.

3. Die Stadtverwaltung sucht gemeinsam mit dem Stadtmarketing und der City Initiative e.V. einen externen Berater. Dieser erstellt ein Konzept zur nachhaltigen Stärkung des Innenstadthandels während der Bauphase und darüber hinaus.

Die Stadtverwaltung begrüßt das Engagement der FDP für den innerstädtischen Handel und sieht die Einbeziehung externer Fachleute als probates Mittel zur Impulsgebung und Ideenfindung. Die Stadtverwaltung und die Stadtmarketing Karlsruhe GmbH greifen seit jeher auf ein Netzwerk an Experten zurück. Insbesondere im Bereich des Kooperationsmarketings werden viele Impulse aus dem gesamten Bundesgebiet in die Planungen einbezogen. Karlsruhe hat sich darüber hinaus durch die Maßnahmen im Kooperationsmarketing den Ruf eines Impulsgebers erarbeitet. Viele der im Kooperationsmarketing und Citymanagement umgesetzten Karlsruher Projekte werden von anderen Städten adaptiert.

Die Stadtverwaltung und das Stadtmarketing werden im Rahmen der bereits begonnenen Planungen zur „Countdown-Strategie“ auf externes Fachwissen zur Strategieerstellung für die nachhaltige Stärkung des innerstädtischen Handels während der Bauphase der Kombilösung zurückgreifen. Die Planungen zur Countdown-Strategie wurden bereits im April 2015 angestoßen. Ziel der Countdown-Strategie ist die Vermarktung der Innenstadt unter Einbeziehung der anstehenden Meilensteine bis zur Fertigstellung der Kombilösung sowie im Anschluss daran der Umgestaltung der Kaiserstraße. Mit Beginn des Jahres 2016 erfolgt die Ausschreibung zur Umsetzung der entsprechenden Kampagne.

Die Stadtverwaltung widerspricht den im Antrag der FDP-Fraktion getätigten Behauptungen in Bezug auf die Wirksamkeit der umgesetzten Maßnahmen im Kooperationsmarketing. Die Maßnahmen wurden von Beginn an in enger Abstimmung mit der KASIG und dem innerstädtischen Einzelhandel geplant und umgesetzt. Hierbei wurde auch „Für Karlsruhe“ im November 2014 in die Programmplanung eingebunden. Auf Anregung der Unternehmen wurde der Karlsruher Innenstadtfonds aufgesetzt und damit individuelle Projekte einzelner Gruppierungen mit insgesamt 75.000 € unterstützt. Die politischen Gremien von KASIG und Stadtmarketing wurden regelmäßig über die Planungen und die aktuellen Sachstände unterrichtet.

4. Die KASIG wird aufgefordert einen Notfallplan für Bahnausfälle in der Kaiserstraße zu erstellen. Hier soll ein Konzept mit kleinen, kostenfreien Elektro-Shuttle-Bussen geprüft werden, wie es bereits in anderen Städten (Rendsburg, Medebach, Bonn, Hamburg, Berlin,...) zum Einsatz kommt

In der Rückschau auf die zurückliegenden Sperrungen der Kaiserstraße für den Bahnverkehr wäre das geforderte Konzept aus verschiedenen Gründen nicht möglich gewesen: Zum einen war die Kaiserstraße aufgrund der Havarie beim Tunnelvortrieb nicht durchgehend befahrbar, also hätten Ersatzbusse vor der Schadensstelle wenden müssen. Dies ist auch beim Einsatz von Kleinbussen in der Kaiserstraße nicht ohne Rangierbewegung möglich, was zu einer Gefährdung der dortigen Passanten führt. Zum anderen ist die Vorhaltung kleiner Elektrobusse nur für einen Notfall wirtschaftlich nicht darzustellen, da die Fahrzeuge erhebliche Investitionen erfordern. Zusätzlich wird eine ortsfeste Infrastruktur zum Nachladen erforderlich.

Die grundsätzliche Machbarkeit eines Notfallkonzeptes kann nur nach detaillierter Prüfung aller verfügbaren Optionen und unter Einbeziehung der lokalen Gegebenheiten bewertet werden. Die Prüfung durch die Experten der VBK würde einen entsprechenden zeitlichen Vorlauf erfordern und ist nicht im Rahmen dieses Antrages zu klären.